

FREIHEIT MACHT VERANTWORTUNG –

Solidarität mit Juden und jüdischer Kultur in der ehemaligen DDR?

„Öffnet mir die Tore zur Gerechtigkeit“ (Psalm 118) steht in hebräischen Lettern über dem Eingang der Neuen Synagoge am Max-Cars-Platz in Erfurt – passend zum Thema der Woche der Brüderlichkeit „Öffnet Tore der Gerechtigkeit. Freiheit – Macht – Verantwortung“. In Erfurt wurde vergangenen Sonntag die Woche der Brüderlichkeit bundesweit eröffnet und außerdem die Buber-Rosenzweig-Medaille verliehen. Der Preisträger ist ebenfalls ein Ort und eine Institution in den neuen Bundesländern: Die wiederaufgebaute Neue Synagoge Berlin (in der Oranienburger Straße), in der sich heute das Centrum Judaicum befindet. Dieses beeindruckende architektonische Bauwerk ist ein bedeutendes Zeugnis jüdischen Lebens in Berlin und dient als Museum der Erinnerung und internationaler Begegnung.

Viele werden sich fragen: Wieso Erfurt? Wieso neue Bundesländer? Gab es in der DDR auch schon christlich-jüdischen Dialog? Berührungspunkte gab es nicht wenige, da z.B. in Ost-Berlin Synagogen und jüdische Friedhöfe anzutreffen sind. Allerdings war es nicht üblich, über die eigene jüdische Identität offen zu reden. Und persönliche Begegnungen fanden selten statt aufgrund der wenigen jüdischen Menschen nach dem Krieg (400 Juden in 8 Gemeinden).

Die Kirchen haben sich allerdings dieses Themas angenommen, wie folgende Beispiele zeigen: In Studierendengemeinden engagierten sich Pfarrer für die Ökumene und für den christlich-jüdischen Dialog. 1968 wurde die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Leipzig gegründet. 1975 begann Pfarrer Johannes Hildebrandt mit der Arbeitsgemeinschaft Judentum und Christentum in Berlin. Diese führte 1978 zum Gedenken an den 9. November einen großen aufsehenerregenden ökumenischen Gottesdienst durch mit anschließendem Schweigegang zur Ruine der Synagoge in der Oranienburger Straße. Weitere Initiativen waren der Dresdner Arbeitskreis „Begegnung mit dem Judentum“, „Aktion Sühnezeichen Friedensdienst“ und „Pax Christi“.

Dieses langjährige Engagement kirchlicher Kreise und Gruppen hat befördert, dass die Volkskammer, das erste freigewählte Parlament der DDR, im Jahre 1989 folgende Erklärung abgegeben hat: „Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“ Ich glaube, deutlicher als dieses Zitat kann man den Unterschied zwischen einem freiheitlichen und einem totalitären Staat nicht beschreiben.

Der Ministerrat der DDR hat zudem Taten folgen lassen: Im Jahr 1988 gründete er die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum. Damit konnte die stark beschädigte Neue Synagoge (gebaut 1866) als beeindruckendes architektonisches Bauwerk wieder aufgebaut und erhalten werden. Diesem Beschluss gingen Gespräche voraus zwischen Heinz Galinski, damals Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin und Präsident des Zentralrats der Juden, und dem damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker.

Freiheit – Macht – Verantwortung

Ja – in den neuen Bundesländern haben Menschen Verantwortung übernommen. Zum einen durch die Würdigung von Synagogen als Gedenkorte lange vor dem Mauerfall. Zum anderen für den Wiederaufbau zahlreicher Synagogen als bedeutende Zeugnisse jüdischen Lebens nach der Wende. Und nicht zuletzt wie bei der Neuen Synagoge Berlin durch die Entwicklung bedeutender Begegnungs- und Gedenkorte.

Erfreulicherweise wurden nach der Wende auch in den neuen Bundesländern Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) gegründet, z.B. in Erfurt, Dresden, Potsdam und Görlitz.

Dr. Margaretha Hackermeier